



Wirtschaftspolitik

Aiwanger: "Die berufliche Bildung hat einen hohen Stellenwert. Noch mehr Unternehmen müssen wir mit jungen Köpfen zusammenbringen."

31. August 2021

MÜNCHEN Viele junge Menschen starten am 1. September ihre Ausbildung in einem der 324 anerkannten Ausbildungsberufe in Industrie, Handwerk, „Freien Berufen“ oder im öffentlichen Dienst. Aktuell sind von den 92.458 gemeldeten Berufsausbildungsstellen rund 37.700 Ausbildungsstellen (Juli 2020: 98.414 gemeldete Stellen / 38.495 unbesetzt) in Bayern unbesetzt. Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger: „Die Chancen auf einen Wunschausbildungsplatz sind sehr gut. Rein rechnerisch kommen auf einen Jugendlichen 2,3 freie Ausbildungsstellen. Nichtsdestotrotz sind momentan über 16.000 Jugendliche noch ohne Ausbildungsvertrag. Die berufliche Bildung ist ideal für den Eintritt in den Arbeitsmarkt. Mit einer beruflichen Ausbildung stehen vielfältige Karrieremöglichkeiten offen. Der aktuelle Bewerberrückgang ist nicht mit einem sinkenden Interesse junger Menschen an einer beruflichen Ausbildung gleichzusetzen. Hierfür sind beispielsweise die durch die Corona-Pandemie weggefallenen Berufsorientierungsmaßnahmen wie Messen und die Sorgen der Wirtschaft vor einem vierten Lockdown ausschlaggebend. Die Unternehmen erwarten ein klares Nein zum Lockdown von der Politik. Ein Orakel frei nach dem Motto „kann sein, die Politik macht sich aber erst noch Gedanken“ darf es nicht geben. Dies führt automatisch zu einer nachvollziehbaren Zurückhaltung und Unsicherheit bei Einstellungen in der Wirtschaft. Wir brauchen einen verlässlichen Fahrplan. Gleichzeitig sollen die Schulabgänger die zahlreichen Informationsangebote nutzen, um mehr über das vielfältige Berufsspektrum mit spannenden und zukunftsorientierten Arbeitsinhalten zu erfahren.“

Auffallend ist in Bayern das Minus von 6,1 Prozent bei der Gesamtzahl der gemeldeten betrieblichen Ausbildungsstellen. Besonders groß ist der Rückgang in Erlangen (-28 Prozent), Fürth (-27), Coburg (-21), Neu-Ulm (-19), Neumarkt (-15), München (-14) oder Freyung-Grafenau und Passau (beide -13 %). Dieser zurückhaltenden

Ausbildungsbereitschaft muss nach Ansicht von Wirtschaftsminister Aiwanger gegengesteuert werden. Schließlich gehe die Fachkräfteausbildung jeden Betrieb etwas an. „Wir müssen vor allem die kleinen und mittelständischen Betriebe, die vor allem ausbilden, entlasten. Es sollen diejenige honoriert werden, die tagtäglich Verantwortung übernehmen. Die Corona-Krise stellt viele Ausbildungsbetriebe vor große finanzielle Herausforderungen. Das Bundesprogramm „Ausbildungsplätze sichern“ setzt hier an. Es unterstützt Betriebe mit der Ausbildungsprämie, die Ausbildungsplätze halten oder sogar erhöhen. Dieses Programm ist wichtig und sorgt gerade in der schwierigen Coronazeit dafür, dass viele Betriebe ihr Ausbildungsniveau halten.“ Zudem braucht es neue Wege, um den Wünschen der Generation Z mehr Rechnung zu tragen. Dabei stellt sich die Frage, wie man Unternehmen noch besser auf Marktanforderungen wie Speed-Recruiting mittels Kurzbewerbung oder Instant-Feedback bei Jobangeboten und Bewerbungsverfahren vorbereiten kann.

Doch der Wirtschaftsminister sieht noch andere Stellschrauben, an der nachgebessert werden muss: „Oftmals höre ich von Ausbildungsstellen, dass die Schulabgänger nicht richtig schreiben, lesen und rechnen können. Hier scheint etwas in den Schullehrplänen nicht zu stimmen. Denn die Ausbildungsunternehmen sind nicht die Reparatur- und Resozialisierungsbetriebe der Nation. Sie setzen sich für die professionelle Ausbildung der Fachkräfte von Morgen aus. Das ist schon eine enorme Leistung. Es sind jetzt dringend Initiativen von Lehrern, Schülervvertretungen und der Wirtschaft gefordert, wie man Schulabgänger auf die Herausforderungen des Berufs vorbereiten kann. Die Lehrziele und Lehrinhalten müssen besser an die Anforderungen der Arbeitswelt angepasst werden. Warum ist Informationstechnologie an Mittelschulen nur ein Wahlpflichtfach? Das muss zeitnah einen genauso hohen Stellenwert wie beispielsweise Deutsch, Fremdsprachen, Mathematik, Geschichte oder Sport einnehmen. Hilfreich wären ebenfalls mehr Berufsorientierungskurse. Ziel muss sein, jungen Schulabgängern von Mittel- und Realschulen sowie Gymnasien die besten Berufschancen zu eröffnen. Gemeinsam mit der Politik braucht es eine Reform des Schulwesens.“

Dr. Patrik Hof
Stv. Pressesprecher

Pressemitteilung-Nr. 306/21